

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zornauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer halb Wohnorte 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Zeit 10 Goldpfennig, im Reklamettel 30 Goldpfennig, einsch. Umlopfen. Schwermere und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezshalle.

Nr. 112.

Donnerstag, den 18. September 1930.

33. Jahrg.

Die politische Lage Deutschlands

Nach den Wahlen.

Was Amerika meint.

Reichsminister Dr. Brüning wird in den nächsten Tagen seine Besprechungen mit den Parteiführern über die bevorstehenden politischen Aufgaben fortsetzen. Sie werden mit einer Ausnahme mit dem völksparteilichen Führer, Dr. Schulz, eröffnet. Voraussetzungsweise wird Dr. Brüning auch mit den Führern der Sozialdemokraten, der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen Führung nehmen. Die hinter der Regierung stehenden Gruppen haben die Fortsetzung der Reformarbeiten gebilligt. Ebenso ist der Plan des Kabinetts, vorläufig die Frage einer personellen Umwidmung unberührt zu lassen, begrüßt worden.

Führende amerikanische Kreise betrachten die politische Lage in Deutschland und sind der Ansicht, daß sie zu feineren Verständigungen Anlaß gebe. Manderseits werden Stimmen laut, daß der Zug nach der radikalen Richtung und Vinten eine heilsame Wirkung auf das deutsche Volk haben und dadurch in Zukunft wesentlich zur Stärkung der Mittelparteien beitragen werde. Auch wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Wahlergebnis zur Folge haben werde, die Politik der Alliierten Deutschland gegenüber gemäßigter zu gestalten und diese bewegen könnte, durch eine nachsichtiger Haltung die Stellung der Mittelparteien zu stärken. Man betont, es sei ohnehin nur eine Frage der Zeit, bis der Young-Plan ähnlich wie der Dawes-Plan durch ein neues Abkommen ersetzt werden würde.

Verfallener Vertrag muß revidiert werden.

Der „New York American“ des eben im Triumph in seiner Heimat empfangenen, aus Frankreich ausgereisten Sarril schreibt, daß das Ergebnis der deutschen Wahlen selbst für Halbtönde die Gefahr eines bolschewistischen Deutschlands angezeigt habe. Der Verfallener Vertrag sei bunn und brutal. Er lauge die deutsche Wirtschaft aus, verbinde ihre Wirtschaftsauffstieg durch etwa hundert von Dollarmillionen jährlich und er be-

deute für jeden Deutschen lange Stunden harter Arbeit, entmutigend für den Einzelnen und für die Nation. Kein Volk würde das auf die Dauer erdulden und seines könne es tragen. Sollten die Alliierten in Verfallenes nach Möglichkeiten gesucht, Deutschland bald und sicher zu beschleunigen, sie hätten keinen besseren Plan erfinden und keine wirkungsvollere Methode sich ausdenken können als den Verfallener Vertrag und seine Sanftmähung. Es sei Zeit, die Dummheit von Verfallenes wiederzugeben, die schweren und untragbaren Lasten vom Rücken des deutschen Volkes zu nehmen.

„New York World“ ist der Meinung, Hindenburg und Brüning ständen heute vor der Wende in Deutschland, an der 1917 in Rußland Kerenski und 1921 in Italien Giolitti und Facta gestanden haben. Es fragt sich, ob in Deutschland der Sozialismus, das katholische Zentrum und die übrigen Parteien der Mitte begriffen, daß die Zeitenwende Außerordentliches von ihnen verlange. Die Aufgabe Hindenburgs und Brüning wäre viel einfacher, wenn sie mit dem Aufleben der Wirtschaft rechnen könnten. Da sie aber statt dessen einem Winter bitterer Unzufriedenheit aus großer wirtschaftlicher Not entgegengehen, erstliche für England und Frankreich eine schwere Verantwortung. In Frankreich sei man der Ansicht, daß man Deutschland durch die Nämung des Rheinlandes großes Entgegenkommen gezeigt habe. Das wäre nur dann richtig, wenn es vor fünf Jahren den Rhein freigegeben hätte. Der Ausgang der Wahlen in Deutschland beweise, daß es dieses Entgegenkommen zu lange hin- ausgehört hat, daß es in Deutschland als ein Entgegen- kommen überhaupt nicht mehr bewertet wird. Wenn Frankreich heute noch wünsche, daß die demokratische Idee in Deutschland erhalten bleibe und sich erneut härte, so muß es in seinem Entgegenkommen ebenso fähig werden, wie es bisher in der Verteidigung seiner Interessen immer hart geblieben ist.

Vielleicht sei der Weg zur Erhaltung der deutschen Demokratie und der bestehenden europäischen Ordnung der, den der englische Außenminister Henderson in der letzten Woche in Genf aufgewiesen habe: Anerkennung des deutschen Rechts auf Selbstbestimmung innerhalb allgemeiner europäischer Abrüstung.

Deutsche Außenpolitik in Genf.

Abrüstung gefordert.

Das größte Interesse wurde bei den in Genf versammelten Staatsvertretern der großen Rede entgegengebracht, die Reichsaussenminister Dr. Curtius am Dienstag hielt. Er betonte darin den festen Willen der deutschen Regierung, jeden Gedanken an einen Krieg zu verbannen in der festen Voraussetzung, daß auch auf der anderen Seite die Erkenntnis genommen sei, andere Mittel als richtig anzugehen, welche die namentlich Deutschland bedrückenden Folgen des großen Krieges abzubauen imstande seien. Entscheidende Tatsachen müßten geschehen zunächst auf dem Gebiete der Abrüstung, dem Deutschland vorausging, dann der Winderheiten. Deutschland sei bereit, an der europäischen Zusammenkunft teilzunehmen.

Dr. Curtius dankte zunächst bezüglich für die Worte, die ein Mitglied anderer Streitgenossen gewißheit habe, die ein Zeugnis dafür waren, wie die Grundtöne der deutschen Außenpolitik auch außerhalb Deutschlands Verständnis und Achtung gefunden haben.

Wenn aber dabei hier die Möglichkeit angedeutet worden ist, daß die heutigen Zustände sogar zum Krieges führen könnten, so sollte ich es für unbedingt geboten, auch den bloßen Gedanken an solche Möglichkeit von vornherein auszu schließen. Der feste Entschluß, jeden Kriegesgedanken zu verbannen, bedingt auf der anderen Seite, daß an Stelle des Krieges andere Mittel gefunden und angewandt werden können, um den vorhandenen oder neu auftretenden Problemen gerecht zu werden; denn die Aufmerksamkeit auf die Befähigung der Welt zum Frieden darf nicht zu einem Übersehen der Fragen führen, die einer Lösung bedürfen. Niemand darf der Weltbund sich einer Ertrömung verschließen, mögen solche Ertrömungen zunächst auch noch so beunruhigend erscheinen. Der Bund muß die Führung übernehmen.

Wir haben den Grundtat betont, daß es nicht mit dem bloßen Verbot des Krieges getan ist, sondern daß es darauf ankommt, die Ursachen zu beseitigen und Vor-

kehrungen für die friedliche Lösung aller Arten von Meinungsverschiedenheiten zu treffen. In diesem Grundtat halten wir fest.

Der deutsche Außenminister sagte u. a. weiter: Es ist unmöglich, über die Abrüstungsfrage noch Worte zu verlieren. Auf die Darlegungen, die die deutsche Abordnung darüber seit vier Jahren macht, sind keine entscheidenden Tatsachen gefolgt. Die Dinge liegen so, daß die Regierungen mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung seit Jahren zur größten Enttäuschung Deutschlands in Rückstand sind. Wir müssen uns aber die völlige Unhaltbarkeit dieser Lage einig sein und es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, daß die Abrüstungskonferenz nun endlich im Laufe des nächsten Jahres zusammentritt. Wir erwarten eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung.

Bei der Besprechung der Winderheitenfrage betonte Dr. Curtius, es handele sich nicht um die Vertretung irgendwelcher Sonderinteressen einzelner Staaten, sondern um ein wichtiges Element zur Sicherung des Friedens, an dem alle Völkerverbündnisse in gleicher Weise interessiert sind.

Nach vielen Jahren einer unter schweren Opfern durchgeführten Politik der Verständigung sieht sich Deutschland auch heute noch in einer Lage, die seiner Regierung Anlaß zu ersten Sorgen gibt. Deutschland ist von der allgemeinen Krise härter betroffen worden als andere Länder. Dies ergibt sich schon aus der Tatsache, daß seine gesamte Wirtschaft durch die Reparationszahlungen auf das schwerste verbelastet ist.

Alle Mächte bei der Europakonferenz

Jeder soll sich äußern.

Die Völkerverbündnisse hat einstimmig und ohne jede Aussprache den Antrag sämtlicher europäischen Mächte auf sofortige Einsetzung eines aus Regierungsvertretern sämtlicher europäischen Staaten bestehenden Sonderausschusses zur weiteren Behandlung der Pan-europakonferenz angenommen. Der ursprüngliche Antrag ist

dahin abgeändert worden, daß der europäische Ausschuss das Recht hat, sowohl sämtliche außereuropäischen Mitgliedstaaten des Völkerverbundes als auch die Regierungen der Nichtmitgliedstaaten, also auch der Vereinigten Staaten, Sowjetrußlands und der Türkei anzufordern. Damit ist die allgemeine Aussprache der Völkerverbündnisse über die Pan-europakonferenz für dieses Jahr abgeschlossen.

Zufolgte, der den Antrag zur Abstimmung stellte, wies darauf hin, daß selbstverständlich die Sitzung des europäischen Ausschusses für sämtliche übrigen Mitglieder des Völkerverbundes offen ständen und diese die Möglichkeit hätten, ihren Standpunkt zu äußern. Der Zeitpunkt für den Zusammentritt des Ausschusses ist bisher noch nicht festgelegt worden.

Die französische Denkschrift vom 1. Mai 1930 und die darauf erteilten Antworten geben den Wächern so weit wie möglich die Möglichkeit, die Unternehmung in Verbindung mit den nichteuropäischen Mitgliedern sowie mit den europäischen Nichtmitgliedern des Völkerverbundes vorzunehmen. Die Versammlung wünscht, daß die ersten Ergebnisse dieser Unternehmung so bald wie möglich in Form eines Vorschlages in einem Bericht niedergelegt werden, welcher noch der nächsten Versammlung vorgelegt werden soll.

Bei der in der Mittwochsung der Völkerverbündnisse vorgenommenen Wahl der unabhängigen Staatsmitglieder erhielten in allgemeiner direkter Abstimmung von insgesamt 47 abgegebenen Regierungsstimmen Guatemala 41, Portugal 38 und Irland 36 Stimmen, die damit in den Rat gewählt sind. Portugal, das gleichfalls für den unabhängigen Sitz kandidierte, erhielt lediglich 33 Stimmen. Der Völkerverbund tritt am Mittwoch in seiner neuen Zusammensetzung zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Kellogg Richter im Haag.

Der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg wurde von der Völkerverbündnisse und gleichzeitig auch vom Völkerverbund mit 30 von insgesamt 47 abgegebenen Stimmen zum Ständigen Richter des Internationalen Haager Gerichtshofes an Stelle des zurückgetretenen bisherigen amerikanischen Richters Hughes gewählt.

Die Wahl gilt formal zunächst nur bis zum 31. Dezember d. J., da sätzungsgemäß der Völkerverbund und die Völkerverbündnisse noch während der gegenwärtigen Tagung den gesamten Haager Gerichtshof neu zu wählen haben werden.

Der „Welt Parisier“ will aus der Genfer Rede des Reichsaussenministers Curtius herauslesen haben, daß eine deutsch-französische Finanzkonferenz in naher Zukunft zusammenzutreten werde. Die Ausführungen des Reichsaussenministers über die Störungen am internationalen Geldmarkt, die an der einen Stelle Kapitalüberfluß, an der anderen Kapitalmangel hervorriefen, seien mehr als ein Anlaß gegeben.

Pan-europa und Abrüstung.

Sonderausschuss für den Briand-Plan. Außenminister Jaleffi entwickelte in der Völkerverbündnisse den bekannten polnischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage. Die Abrüstung müßte ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit behandelt werden, da beide unlösbar miteinander verbunden seien; der französische Vorschlag gebe die Möglichkeit weitestgehend wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Staaten. Der rumänische Außenminister Mironescu wies auf die Schwierigkeiten in der Abrüstungsfrage für die Staaten hin, die Nachbarländer von Nichtmitgliedstaaten des Völkerverbundes seien.

Der finnländische Außenminister Brococo teilte mit, daß seine Regierung die Ratifizierung des Sandelsabkommens über die Herabsetzung der Zolltarife beschließen habe.

Der Präsident der Völkerverbündnisse verlas einen Entschließungsentwurf, wonach die pan-europäischen Pläne einem sofort einzusetzenden Sonderausschuss übertragen werden sollen, der sich aus den Regierungsvertretern sämtlicher 27 europäischen Mächte zusammensetzt und der seine Arbeiten nach dem Abschluß der Völkerverbündnisse aufnehmen wird. Der Entwurf geht auf einen gemeinsamen englisch-französischen Vorschlag zurück, der auch die Zustimmung der deutschen Regierung gefunden hat. In der Mittwochsung wird über den Entwurf verhandelt.

Reichstagsbeginn 13. Oktober.

Bechlüsse des Reichstagsinstituts.
Das Reichstagsinstituts hielt Dienstag unter dem Vorsitz des Reichstagsleiters Dr. Brüning eine Sitzung ab, um die durch den Ausgang der Reichstagswahlen geschaffene Lage zu besprechen. Ein Mitglied der Reichsregierung kommt nicht in Frage. Auch von einer Umbildung der Regierung wird vor Zusammentritt des Reichstages kaum die Rede sein. In der Rabinetsitzung wurde als einmütige Auffassung festgestellt, daß die Reichsregierung die Pflicht habe, hinsichtlich der Aufgaben auf Finanzgebiet, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete mit allen Nachdruck weiterzuführen, so daß dem Reichstage bei seinem Zusammentritt im Oktober die erforderlichen neuen Vorlagen unterbreitet werden können.

576 Mandate im Reichstag.

Nach dem beim Reichswahlleiter eingegangenen ergänzenden Meldungen erhält die Deutsche Volkspartei ein Mandat mehr, also insgesamt 39 Mandate. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der gewählten Reichstagsabgeordneten auf 576. Innerhalb der 26 Sitze, die auf die drei Gruppen Deutsches Volkstum, Konfessioneller Volkspartei und Deutsch-Spanischer Volkspartei zusammenzurechnen kann, kam sich unter Umständen noch eine Verschiebung ergeben. Der Reichstagsbeginn ist für den 13. Oktober vorgesehen.

Hemmnisse.

Schon am Tage nach der Feststellung des Wahlergebnisses, also unmittelbar überstehend schnell, hat das Kabinett Brüning der Öffentlichkeit mitgeteilt, was es nun angeht die neuen politisch-parlamentarischen Lage zu tun gedenke. Außerdem legte der Reichsminister wenige Stunden später auch noch auseinander, wie das Kabinett das Wahlergebnis beurteilt, welche Gründe seiner Ansicht nach zu der für die Regierung verlorenen Zustände geführt haben. Dabei hat Dr. Brüning auf etwas hingewiesen, was auch in den Verfügungen seines Ministerkollegen Dr. Curtius in Genf überliefert. Auffallend ist es aber durchaus nicht, daß in Berlin wie am Genfer See gleichen Gedanken und Beschwerden Ausdruck gegeben wurde; denn diese sind so sehr ein Echo deutscher Strömungen, daß sie auch das Wahlergebnis maßgebend beeinflussen. Es ist das zur Stimmabgabe für die Oppositionsparteien sich verdichtende dumpfe oder klare Empfinden im deutschen Volke, das es bei seinen Wahlen zu einer vollen Freiheit und tatsächlichen Entscheidung liberal auf dem politischen und ethischen Gebiete führt, daß es auf diesem langen Wege unter einer Last leidet, die jede Hoffnung auf eine baldige Besserung seiner Lage zu erlöchen nur allzusehr geeignet ist. Daß dies die deutsche Jugend stärker empfindet als das gebildete geborene Alter, ist ohne weiteres verständlich und ebenso, daß diese Jugend in ihrer Stimmabgabe darauf auch drastischer reagiert durch Sinnveränderungen ins radikale Lager. Man suche im Ausland also, in Ägypten Dr. Brüning, die Schuld an dem Niedergang des deutschen Nationalismus auch ein wenig dort, wo man jene hoffnungserlöschende Last dem deutschen Volk auferlegt hat, wo man sich gegen jede Erleichterung dieses Druckes unbedingend sträubt, wo man aber selbst die wenigsten im Verfallenen Vertrag Deutschland gewährt. Jede zu verdrücklichen Teil ebenso energig weigert. Auch im Ausland also ist ein Teil der Gründe für das deutsche Wahlergebnis zu finden. Und nicht der kleinste Teil!

Diesen großen politischen Sorgen des Kabinetts gehen andere, allerdings kleinere parlamentarische Bedenkenheiten als Folgen des Wahlergebnisses zur Seite. Die erfreulich große Wahlbeteiligung des deutschen Volkes läßt nämlich nicht weniger als 576 Abgeordnete in den Kuppelbau am Platz der Republik einziehen. Nebenbei bemerkt sind das bald 200 mehr, als es unter der früheren Verfassung gab, in der die Zahl der Reichstagsabgeordneten auf 397 festgelegt war. Schon in dem im Juli aufgeschlossenen Reichstag waren es fast 100 Volksvertreter mehr. Und die 36, die jetzt hinzukommen, lösen auch einen ganzen Bann mehr, so daß dem schon so genährten Reichstagsmangel nichts anderes übrigbleiben wird, als in einem Nachtragsteil die Ausgaben beim Reichstag entsprechend erhöhen und sie bewilligen zu lassen. Zu den monatlich 750 Mark Diäten — für die 86 neu hinzugekommenen Abgeordneten macht das 765 000 Mark jährlich aus — tritt aber noch die höhere Entschädigung, die nun das Reich an die Reichstagsmitglieder und sogar an die Landtagsparlamentariker für die Preisfahrten der Abgeordneten zahlen muß. Auch andere Kosten werden entsprechend anwachsen und viel weniger als jährlich rund zehn Millionen Mark dürfte der jetzt gewählte Reichstag die steuererhebenden Wähler kaum kosten, 576 Abgeordnete — da wird man doch wohl etwas beneidlich. Eine Reform des Wahlgesetzes ist ja ein schon oft und laut genug geäußertes Wunsch, dessen baldige Erfüllung angesichts der nun entschiedenen Übermächtigkeit angestimmten Hiffer der Mandate noch notwendiger erscheint. Und ein entsprechender Vorschlag auf Erhöhung der Wahlzahl von 60 000 auf 70 000 liegt auch bereits vor. Nur — sagt man jener den Vorschlag — und zwar einer unfaßlichen — Wahlreform ist gerade durch die Erfahrungen vor dem und am 14. September schon mehr als reich geworden.

Mit dem „müßigen errungenen Sitz im Reichstag“ darf man es aber nicht ganz wörtlich nehmen! Denn zu den jetzt als Folgen des Wahlergebnisses entstandenen Sorgen gehört auch die des Reichstagspräsidenten und des dortigen Direktors, wie sie die Fülle der Abgeordneten im Reichstagsgebäude und den sonstigen Arbeitsräumen unterbringen sollen. Denn, wie oben schon gesagt, der Reichstag ist ursprünglich nur für 397 Volksvertreter gebaut und eingerichtet worden. Schon nach der vorletzten Wahl kostete die Unterbringung der 491 schwere Mühe, aber jetzt — hoffnungsvoll weicht der Mensch der Schwierigkeiten...! Der Sitzungssaal ist schon zu dem Platz gefüllt, — allerdings nur formal theoretisch. Denn alle Abgeordneten zugleich waren in ihm noch niemals anwesend und fast immer

zeigt er eine brechende — Leere. Man projiziert nun dies und jenes, wird vielleicht die noch viel seltener anwesenden Ländervertreter von ihrer Tribüne hinauf in einen Teil der Zuschauerreihe setzen, aber schließlich braucht ja nicht jeder Volksvertreter nun auch noch einen Sitz und ein eigenes Stuhl zu haben. Im englischen Parlament gibt es überhaupt keinen „Platzwang“ und viele schon gar nicht, nicht einmal — ein Nebenpult! Und es geht, obwohl 300 Sitze zu wenig da sind, merkwürdigerweise auch, sogar schon ein paar hundert Jahre lang. Und böswillige Deutsche behaupten, es ginge drüben in London sogar sehr viel besser als unter der stolzen goldenen Kuppel des Reichstagsgebäudes! Wie es ja überhaupt im parlamentarischen Leben nicht so sehr auf die Masse der Arbeiter, sondern auf den Wert der geleisteten Arbeit ankommt. Und das gilt vom neugewählten Reichstag und gilt für ihn ganz besonders.

Das alljährliche Genfer Preisfestmahl.

Curtius, Henderson und Briand hatten Ansprachen.
Das alljährliche Preisfestmahl, das die internationale Presse während der Versammlung den in Genf anwesenden leitenden Staatsmännern zu geben pflegt, fand am Dienstag statt. Nach den üblichen Begrüßungsreden ergriff Dr. Curtius, von starkem Befall begrüßt, in deutscher Sprache das Wort. Er wies darauf hin, daß die Völkerverhandlungen zwischen zwei Völkern verlaufen, auf der einen Seite liege die nationale Verantwortung der Staatsmänner, auf der anderen Seite die Verantwortung für das internationale Leben, dem sich kein Staat entziehen könne. Die Aufgabe von Genf sei es, diese beiden Verpflichtungen miteinander in Einklang zu bringen.

Außenminister Henderson merktlich die Solidarität der englischen und der französischen Regierung in den großen internationalen Fragen. — Anschließend trat Außenminister Briand in einer Rede für den Kampf zur Erhaltung des Friedens ein. Er betonte, daß er mit Henderson, wenn auch auf verschiedenen Wegen, das gleiche Ziel verfolge. Briand wählte sodann dem Anwesenden Dr. Ziermann, hierüber die Rede in seiner großen Rede vor der Völkerverhandlung ausfüllend, warme Worte.

Wie die Frauen wählen.

Die getrennte Zählung.

Die Trennung der Geschlechter bei der Abstimmung in Wiesbaden hat sehr interessante Einblicke gestattet. Nur bei den Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten halten die Frauenstimmen den Männerstimmen die Waage, sonst aber überwiegen die Frauenstimmen sehr stark. So haben für das Zentrum mehr als doppelt soviel Frauen ihre Stimme abgegeben als Männer. Für die Staatspartei wurden 400 Frauenstimmen mehr und für die Deutsche Volkspartei 2000 Frauenstimmen mehr gezählt. Am interessantesten sind die Feststellungen bei der Liste des Christlichsozialen Volksdienstes, für die nur knapp 500 Männer, dagegen aber 1500 Frauen eingetreten sind. Bei den Sozialdemokraten 41 300 Männer, 35 687 Frauen; Deutschnationale 3142 Männer, 3472 Frauen; Zentrum 56 170 Männer, 63 266 Frauen; Kommunisten 41 436 Männer, 26 348 Frauen; Deutsche Volkspartei 12 348 Männer, 14 422 Frauen; Deutsche Staatspartei 9057 Männer, 8530 Frauen; Wirtschaftspartei 11 177 Männer, 10 636 Frauen; Nationalsozialisten 39 522 Männer, 30 648 Frauen.

Also auch hier beim Zentrum doppelt soviel Frauen- als Männerstimmen.

Lohnkürzung bei Arbeitszeitkürzung zulässig.

Ein Spruch des Landesarbeitsgerichts Berlin.
Die Älteste Kammer des Landesarbeitsgerichts hatte sich mit der Verurteilung der Brennaborwerke in Brandenburg gegen den Gewerkschaftsbund der Angestellten zu beschäftigen. Das Arbeitsgericht in Brandenburg hatte zu Gunsten des G. D. A. entschieden, daß bei der Einführung von Kurzarbeit eine Kürzung des Gehalts während des Bestehens des Tarifvertrages unzulässig sei.

Demgegenüber erklärte das Landesarbeitsgericht Berlin in seinem Urteil, daß es sich dem Standpunkt des Arbeitsgerichts Brandenburg nicht anschließen könne und daß die Klage des G. D. A. abgewiesen werden müsse. Eine Revision gegen das Urteil wird zugelassen. Das Landesarbeitsgericht ist der Ansicht, daß die Kurzarbeits-Kaufel keineswegs im Widerspruch zum allgemeinen Tarifvertrag stehe. Es sei daher als rechtswirksam zu betrachten, wenn die Brennaborwerke bei Arbeitszeitkürzung eine Gehaltskürzung vorgenommen hätten. Das Landesarbeitsgericht habe keinen Anhalt dafür, warum Angestellte anders behandelt werden sollten als Arbeiter.

Groß angelegte Fahrkartensparungen.

Zwei Ingenieure verhaftet.
Nachdem die Überwachungsabteilung der Reichsbahndirektion Berlin vor einiger Zeit einen Ingenieur in Hamburg überführen konnte, für eine Bekannte aus Oppenheim eine Fahrkarte von Berlin nach Königsberg in Preußen gefälscht zu haben, ist es der Überwachungsabteilung nach längerer Beobachtung jetzt gelungen, einen Ingenieur in Berlin auf frischer Tat ertappt zu haben, der es mit gefälschten Fahrkarten eine Weile nach Westdeutschland angetrieben hatte. Eine Hausdurchsuchung förderte

umfangreiches Verlastungsmaterial zutage, das nicht nur auf groß angelegte Fahrkartensparungen, sondern auch auf Urkundenfälschungen anderer Art hindeutete. Der Täter und einer seiner Helfer wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Gleichzeitig konnte dem Bahnhof Schmaragdorf ein junger Mann ertappt werden, der fortgesetzt mit eigens für diesen Zweck vorbereiteten Metallfingerringen Automaten Fahrkarten entnommen hatte.

Hindenburg im Mandövergelände.

Freude der Bevölkerung.
Der erste Gefechtsstag der großen Manöverübung der Reichswehr zeigte im Gesamtergebnis der stetigwährend durchgeführten Entwicklung eine interessante Lage. Man und Man hatten die Nacht zum Tag und zur Aufklärung ausgenutzt. Demzufolge entwickelten sich die Gefechtsabteilungen zunächst aus dem ersten Aufmarschplan der beiden Aufklärungsgruppen heraus. In den Mittagsstunden übte Man, das immer weiter den rechten Flügel von Ost zu unfaßlich suchte, einen hartnäckigen Druck auf die bei Groß-Varsober in Stellung gegangene rote Infanterie aus. Hierbei kam auf dem Mandövergelände verarmte Infanterie auf das erste Mal.

Zu Königshofen trat unadmäßig Reichspräsident von Hindenburg ein, umhüllt von Laufenden, feierlich begrüßt vom Statthalter. Das war nicht nur der übliche feierliche Empfang, wie eine solche Gelegenheit ihn zu bringen pflegt. Hier kam die Liebe einer treuen Bevölkerung mit einer Stärke zum Ausdruck, von der Reichspräsident sichtlich ergriffen war. Als der Wagen wieder ausging, um Hindenburg nach dem nahen Schloß Sternberg in sein Mandöverquartier zu bringen, gelang es nur mit Mühe, durch die zuzuliebende Menge der Menschen einen Weg zu bahnen.

Staatsminister a. D. von Löbell

75 Jahre alt.
Am 17. September beging Staatsminister a. D. von Löbell, der jetzt als Domherr im Domstift zu Brandenburg (Kavel) seinen Wohnsitz hat, seinen 75. Geburtstag. Herr von Löbell, der 1855 in Schwelm geboren wurde, war unter Kaiser Wilhelm Unterstaatssekretär der Reichsanleihe und nach dem Rücktritt Wilhoms Oberpräsident der Provinz Brandenburg. 1910 nahm er seinen Abschied. Von 1914 bis 1917 war von Löbell preussischer Innenminister. Im Jahre 1920 übernahm von Löbell das Präsidium des Reichsausschusses und war dann bei der Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg Vorsitzender des Reichsausschusses.

Der Lohnstreit der Metallwerke Unterweser.

Entscheidung des Landesarbeitsgerichts.
In dem Arbeitsstreit bei den Metallwerken Unterweser A. G., Friedrich-August-Straße in Oldenburg, ist vom Landesarbeitsgericht Oldenburg auf die Vermittlung der Gesellschaft gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Norddeinstadt folgender Spruch ergangen:
Das Urteil des Arbeitsgerichts Norddeinstadt wird insofern aufgehoben, als es den Kläger abweist und ihm die Kosten des Rechtsstreits auferlegt. Es wird dem Antragsteller (Metallwerke Unterweser) folgende finanzielle oder moralische Unterfertigung der Arbeit ferngegebene Arbeiter der Metallwerke Unterweser unterliegt. Die Gesamtkosten des Rechtsstreits sollen den Antragsteller zur Last fallen.

Zumut im Berliner Rathaus.

Berliner Stadtvordernichtung aufgelöst.
Die erste Sitzung des Berliner Stadtparlaments nach den Sommerferien mußte infolge kommunizistischer Obstruktion nach kurzer Dauer wieder aufgehoben werden. Die Kommunisten hatten die sofortige Beratung ihrer Anträge beantragt, die sich gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten wandten. Da diesem Verlangen von den übrigen Parteien nicht stattgegeben wurde, verbotenen die Kommunisten durch andauernde Rärzignen die Fortführung der Verhandlungen. Der Altessenaußschuß kam zu keiner Einigung, so daß sich der Vorsitz der Verhandlungen vertragen mußte. Der Schluß der Sitzung ging im allgemeinen Zumut der Kommunisten unter.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Endgültiges Wahlergebnis Anfang Oktober.
Die Bekanntgabe des endgültigen Ergebnisses der Reichstagswahlen wird, wie von ankündigter Stelle mitgeteilt wird, nicht vor dem 6. oder 7. Oktober erfolgen können. Vom 20. bis 25. September tagen die Kreiswahlausschüsse, so daß der Reichswahlaustrich frühestens am 27. September das endgültige Ergebnis feststellen kann. Dann folgt noch eine achtstägige Erklärungsfrist für die jeweiligen Abgeordneten, die mehrmals gedächelt worden sind.

Die Umwandlung Berlins.
Die festgestellte Tagesordnung für die erste Vollziehung des Preussischen Landtages nach der Sommerpause, am 14. Oktober, enthält als wichtigsten Punkt die erste Beratung der Berlinvorlage, jenes Gesetzes, das die Verwaltungsreform für Groß-Berlin der einer Provinzialverwaltung anheimeln will. Zum Zweck der Vereinfachung der Verwaltung wird die Zahl der Bezirke von 20 auf 10 herabgesetzt. Ferner wird die bisherige Magistratsverfassung beibehalten und an ihrer Stelle ein Rat als Zentral- wie für die Bezirksverwaltungen die Bürgermeisterversammlung vorgesehen.

Reichsministerium für die besetzten Gebiete.
Am 30. September wird das Reichsministerium für die besetzten Gebiete angefüllt. Damit fällt auch auf diesem Tage das Ministerium für den bisherigen Reichsminister Treutmann fort. Bis her sind im Kabinett irgendwelche Entscheidungen darüber noch nicht getroffen, was mit dem bisherigen Inhaber des Ministeriums der besetzten Gebiete werden soll, ob er Mitglied des Kabinetts bleibt oder seinen Rücktritt zu erklären hat.

Die Arbeiten des Preussischen Landtages.
Vor dem Wiederzusammentritt des Wenms des Preussischen Landtages, der für den 14. Oktober in Aussicht genommen ist, nimmt am 7. Oktober der Saunsausschuss seine Arbeiten wieder auf. Der Saunsausschuss zur Vorbereitung des Landtagsbeschlusses tritt bereits am 30. September wieder zusammen.

Das Ziel der Nationalsozialisten.

Die Verfassung ein Zwang.

In München sprach der Führer der N. S. D. A. P., Adolf Hitler, über die Bedeutung des Wahlsiegeres. Der „Sinn dieses Sieges“ sei darin zu sehen, daß die Bewegung sich einen Weg in der Öffentlichkeit erobert habe. Es sei lächerlich, nun in der Bildung einer neuen Regierung das Ziel der Nationalsozialisten zu sehen. Für sie sei das Parlament nur ein Weg zum Ziel. Sie seien nur aus Zwang parlamentarischer Parteien; dieser Zwang heiße Verfassung.

Einsturz eines Rundfunksendeturms.

Schwerer Baumstamm am Heilsberger Sender.

Beim Bau des Heilsberger Rundfunksendeturms ereignete sich ein eisenfälliges Unglück. Das 30 Meter hohe Gerüst des zweiten Sendeturms stürzte ohne erkennbare Ursache plötzlich um und rief drei Arbeiter in die Tiefe. Ein neunzehnjähriger Arbeiter Namens Wehlar war sofort tot. Die beiden anderen Verunglückten wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus übergeführt.

Selbstmord des Bürgermeisters von Wehlar.

Der Amtsverletzung verdächtig.

Der Bürgermeister der Stadt Wehlar, Dr. Kühn, ein Verwandter des bisherigen Berliner Oberbürgermeisters Dr. Büch, hat sich auf dem Vergnügungsort am Grabe seines Kindes erschossen.

Gegen den Bürgermeister war auf Grund einer Anzeige der Demokratischen Partei ein Disziplinarverfahren wegen Verletzungen im Amte durch den Regierungspräsidenten in Kolding eingeleitet und die sofortige Enthebung vom Amte angeordnet worden. Das Untersuchungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft war noch nicht abgeschlossen. In einem hinterlassenen Briefe erklärte Bürgermeister Dr. Kühn, daß seine geschwächten Nerven der Hege gegen ihn nicht mehr standhalten könnten.

Berliner Produktbörse.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

		17.9.	16.9.			17.9.	16.9.
Weiz., mähr.	233-235	233-236	—	Weizfl. f. Wm.	8,7-9,0	9,0-9,2	—
dommerich	—	—	—	Hoogl. f. Wm.	8,2-8,5	8,2-8,5	—
Roggl., mähr.	187	187	—	Einmalig	—	—	—
Vraingerie	204-222	204-222	—	Witt.-Erbfen	30,0-34,0	30,0-34,0	—
Ruttergerie	190-195	190-193	—	fl. Speiseerbs.	—	—	—
Sommergerie	—	—	—	Futtererbsen	19,0-20,0	19,0-20,0	—
Wintergerie	—	—	—	Reisfäden	20,0-21,0	20,0-21,0	—
Seser, mähr.	158-159	158-159	—	Erdbohnen	17,0-18,0	17,0-18,0	—
neue Ernte	—	—	—	Widen	20,0-22,0	20,0-22,0	—
alte Ernte	—	—	—	Lupin., blaue	—	—	—
Weizenmehl	—	—	—	Lupine, gelbe	—	—	—
p. 100 kg fr.	—	—	—	Sesendeln	—	—	—
Net. fr. inkl.	—	—	—	Meistluden	9,8-10,2	9,8-10,2	—
Sad (feinst.)	—	—	—	Zentrifugen	17,3-17,6	17,3-17,6	—
Net. fr. Not.	97,6-98	97,2-98,0	—	Zentrifugen	—	—	—
p. 100 kg fr.	—	—	—	Zentrifugen	—	—	—
Berlin fr.	—	—	—	Sonst.-Schrot	14,1-15,0	14,2-15,1	—
inkl. Sad	24,2-27	24,2-27,5	—	Seriml. 30/70	—	—	—
				Carioleffid.	—	—	—

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Nach dem festgestellten Ergebnis der am 10. ds. Mts. stattgefundenen Sitzung des Gemeindevorstandes ist anstelle des Herrn Walter Schmidt, welcher sein Amt als Gemeindevertreter niedergelegt hat, der Maurer Ernst Stopp von dem Wahllooschlag „Kommunistische Partei“ als Ersatzmann in die Gemeindevorstellung eingetretet.

Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder Wahlberechtigteste binnen zwei Wochen vom ersten Tage dieser Bekanntmachung an gerichtlich beim Gemeindevorstand Einspruch erheben.

Annaburg, den 17. September 1930.

Der Gemeinde-Vorsteher.

Betrachtungen zur Reichstagswahl.

Das Wahlergebnis vom 14. September ist, daß 575 Abgeordnete versprochen wurden, in dem Sitzungssaal einen Platz zu erhalten. 1928 waren 490 Abgeordnete gewählt, also 1930 85 Abgeordnete mehr, d. h. am vergangenen Sonntag sind außer den unglücklichen Stimmen und den für die Abrechnung nicht in Betracht kommenden Abpflitterungen 85 × 60000 = 5,1 Millionen Wähler mehr an die Wahlurne getreten. Die Armee der passionierten Nichtwähler hat gesprochen und hat ihren tiefen Unzufriedenheit mit dem System, unter dem das deutsche Vaterland leidet, Ausdruck gegeben. Aus dieser Armee rekrutiert sich fast allein der Zulauf, den die NSDAP gehabt hat, denn der Vergleich zwischen 1928 und 1930 bei den anderen Parteien, ergibt keine großen Verschiedenheiten. Die DVP und ihre Abpflitterungen, die jetzt nichts erreicht haben, hat 1930 81 Abgeordnete, 1928 87 Abgeordnete gestellt. Die SPD-Zentrum-Bayerische Volkspartei-Staatspartei 1930 250 Abgeordnete, 1928 253 Abgeordnete. Die DVP, Wirtschaftsp., Bauern, Weifen 1930 61 Abgeordnete, 1928 80 Abgeordnete, und schließlich die SPD 1930 76 Abgeordnete, 1928 55 Abgeordnete. Der Zuwachs für die NSDAP kann hieraus nicht errechnet werden, 107 gegen 12-95 mehr, sondern hier hat der bisher unbeteiligte Wähler gesprochen. Der Reichstag 1930 leidet noch mehr wie die früheren an dem Mangel einer stabilen Mehrheit, er wird also nicht dauern bis 1934.

Auch die große Weimarer Koalition hat nur 279 Abgeordnete zur Verfügung, während die Majorität aus 288 Abgeordneten bestehen muß.

Die bürgerlichen Parteien, DVP-Wirtschaftspartei-Bauernpartei-Weifen-Staatspartei-NSDAP haben 277 Stimmen. Das Zentrum ist also wieder das Zünglein an der Waage, es wird sich den Bürgerlichen nicht anschließen, 271-68-345 Stimmen, sondern versuchen, mit der SPD zu koalieren und es vertritt doch nur den dritten Teil des deutschen Volkes.

Das Listen-Wahlssystem, ohne eine Beziehung der Fläche, gibt niemals den wahren Ausdruck der Volksmeinung, sondern ist nur ein Spielball der Parteien.

Votales und Provinzielles.

Annaburg ohne Fernverbindung. Wiederholt ist schon an die Postverwaltung herangetreten, mit der Bitte, den unhaltbaren Zustand zu beheben, der darin besteht, daß Annaburg nur mit einer Anrufleitung über Torgau an das Fernnetz angeschlossen ist. Wenn nämlich diese einzige Anrufleitung geht, wie es am Sonnabend und Sonntag der Fall war, so ist eben Annaburg von den fernmündlichen Lußverleher vollständig abgeschnitten. Ein solcher Zustand ist schon wiederholt, und 3 T. länger als 40 Stunden eingetreten, und ist auf die Dauer nicht tragbar. So war es am Wahlsonntag einfach nicht möglich, die Wahlergebnisse rechtzeitig nach Torgau berichten zu können. Erst als Torgau wegen des langen Ausbleibens der Wahlergebnisse hier anfragte, konnte der fällige Bericht durchgegeben werden. So kann ohne weiteres eintreten, daß Annaburg im Falle dringender Gefahr vollständig von der Lußverleher abgeschnitten ist. Es wäre nun auch verfehlt, wenn Annaburg eine zweite Anrufleitung nach Torgau erhalte; denn infolge einer Störung durch Blitzschlag sind dann beide Leitungen unbrauchbar. Es ist daher unbedingt nötig, daß Annaburg auch über Wittenberg noch an das Fernnetz angeschlossen wird. Hoffentlich werden von den zuständigen Stellen baldigst die nötigen Schritte unternommen, um dem Wunsche aller Fernsprechnetznehmer gerecht zu werden.

* Annaburg. Zu der Notiz über die Veranstaltung des „Verins preußischer Staatsförster“ sei berichtend bemerkt, daß Herr Förster Schulz-Zicharnik Vorsitzender der Vereinigung ist.

Annaburg, 18. September. Am Mittwoch kurz nach 6 Uhr früh wurde die W. Marie Haveland, in der Baderei wohnhaft, in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die amtlichen Feststellungen haben ergeben, daß sich die mehr als 80jährige Frau mit einem starken Bindfaden am Fenster erhängt hat. Als Grund zu dieser Tat hat die Verstorbenen in einem

hinterlassenen Briefe ungeheure, nicht mehr ertragbare Schmerzen angegeben, die sie infolge einer Operation zu erleben hatte.

Wahlberg. Als die Fischerinnung gemeinsam in der alten Erbe einer Fischzug ausführt, wurde man auf Wismar ratten aufmerksam und machte deren Bau ausfindig. Die alten Tiere entkamen, aber 1 Dutzend junge Wismar ratten, 6 Tiere im Alter von erst wenigen Tagen, konnten ergreifen werden. Sie sind lebend bei der Polizei-Verwaltung abgeliefert und dort getötet worden.

Falkenberg-Trossin. Dem Wahlloosschlag einer nationalsozialistischen Stimme entnahm man folgendes Gelehtwort:

Alle Döfen, alle Käder,
Wählen ihre Wegge selber.
„Wied'rum heut' in Deutschlands Gauen
wählen Männer und auch Frauen.
Doch gewählt hat nach dem Kriege
meine ich, man zur Genüge,
ob rechts man wählte, ob die Linke,
ob die Mitte — alles eine Rinke;
denn vor den Wahlen lie verpaiden
und nachher schänd' ihr Wörtschen brachen,
so möchte können heute die Partei,
die uns das Vaterland befreit,
befreit des deutschen Landes Mten,
die Dinarat schlägt ein deutscher Posten.
Noch tut nach deutschem Land dort schreit'n
der Kaktischmared, das voln'ische Schw...
und noch in uneres Landes Weif',
im Claf das Franzosenes.
Schon zog er aus dem Reiftenland weg,
frei ist der Rhein, das deutsche Ed.
Drum ruhig nur, es kommt der Tag,
mo enden wird die fremde Schmach,
zu Schanden Youngling und Verfalltes,
und Deutschland wieder über alles“.

Wichtig. Ein Wähler hat zur Reichstagswahl seine poetische Ader fließen lassen; folgendes Gedicht fand sich in einem Wahllooschlag:

Rur die Arbeit kann uns retten,
Doch die Arbeit muß jetzt ruhn,
Welt wie haben stets gearbeitet!
Gibt es jetzt nichts mehr zu tun.
Rur die Arbeit kann uns retten,
Rur die Arbeit macht uns frei,
Woll' gerich die Silbententien!
Mache Dich doch endlich frei!

Ein Arbeitsloser!
Bekämpf Euch nicht, 's hat keinen Zweck
Der Arbeitsmann, der Bauernmann,
Treten jetzt zur Wahlurne heran,
Die Karte legt zu tief im Dred.

D. D.
Bucha (Anhalt), 16. September. (Hartnäckiger Selbstmörder.) Wegen wilschuldiger Schwereverlehen erbat sich der hiesige Pfistermeister Oskar Verbig. Seine Schwiegerochter kam hingu und schilt den Lebensmüden wieder ab. Nachdem er wieder zur Befinnung gekommen war, machte er seiner Schwiegerochter Vorwürfe; diese ließ dann ins Dorf, um Hilfe zu holen und als sie wiederkam, hatte sich ihr Schwiegerochter zum zweiten Male aufgehängt und war nun nicht mehr zu retten.

Rino-Schau.

Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, finden morgen Freitag und Sonntag die letzten Vorstellungen des Films von Annaburg statt. Mit diesen Vorstellungen geht die Abstinenz aus dem Filmzeigungsverwehler zu Ende. Die Preisverteilung findet am Sonntag abend im unmittelbaren Anschluß an die Vorstellung statt. Die beteiligten Damen wollen sich bitte hierzu einfinden. Wer noch nicht abgestimmt hat, sollte diese letzte Gelegenheit nicht veräumen. Diefelbe ist harmlos — ohne politische Folgen. — Auf das weiter überaus schmerzliche Programm „Die Hölle der Heimatlosen“ und „Der Lieberfall in der Silberfischerei“ sei ganz besonders hingewiesen. Ein Programm, das vollauf befriedigt. Sonntag nachmittag 3 Uhr Kindervorstellung laut Inseratenteil.

Jungmädchenverein. Freitag, den 19. September, abends 8 Uhr im Jugendheim.



...seitdem ich mit IMI spüle, wird das Geschirr viel schneller und besser sauber.“

Bei Millionen Hausfrauen beschäftigt sich dieses Urteil täglich: Spiegelnden Glanz, appetitliche Sauberkeit zeigen IMI-gepflegte Geschirre. Frischer und bekömmlicher schmecken die Speisen, seitdem mit IMI gespült wird. Und vor allem viel weniger Arbeit und Mühe beim Aufwaschen und Spülen.

Nehmen Sie zum Aufwaschen und Spülen immer

Henkels Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel

für Haus- und Küchengerät aller Art

Hergestellt in den Persilwerken



1 ESSLÖFFEL IMI AUF 10 LITER
= 1 EIMER HEISSES WASSER

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die im Grundbuch von Lichtenburg Band IV Blatt Nr. 13 eingetragenen, nachstehend beschriebene Grundstücke am **10. November 1930, 10 Uhr**, an der Gerichtsstelle Zimmer Nr. 1 versteigert werden.

Bl. Nr.	Gemarkung	Grundbuch		Grundbesitzer	Wirtschaftsart und Lage	Größe				
		Blatt (Hr.)	Blatt (Nr.)			ha	a	qm		
A1	Lichtenburg	1	561	113	65	Sufengut Nr. 34 mit Hof und Hausgarten. Hofraum im Dorfe	26	53	—	845
B3	"	1	563	113		Wieje vom Plan 2	11	—	—	0,43
B7	"	1	562	113		Garten im Dorfe	61	82	3,44	

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. August 1930 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals die Ehefrau des Maschinenbauers **Piesch, Elisabeth** geb. **Schubert** in **Lichtenburg** eingetragen.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanpruchten Ranges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll des Amtsgerichts zu erklären.

Pretin, den 2. September 1930.

Das Amtsgericht.

Wiesenverpachtung

der **Dorfzäunerei Ziergarten** am 26. ds. Mts. vorm. 9 Uhr im Waldschloßchen zu **Annaburg**. Verpachtung der bisher einjährigen Grastabeln aus den **Förstereien Heidemühle** (außer den Rabeln auf der **Reizwiese**), **Frauenhorst**, **Ziherndorf**, **Amsnesta**, **Meisels** und **Ziergarten** auf 9 Jahre, für die Zeit vom 1. Oktober 1930 bis 30. September 1939. Bedingungen im Termin. Barzahlung für das 1. Jahr im Termin.

Die Grundräumung der Gräben im Hüfnerfelde muß bis zum 1. Oktober cr. beendet sein.

Der **Sufenrichter Söhne**.

Odenwälder

blaue prima **Speisekartoffeln** à Ztr. 2.00 M., liefert frei **Annaburg** **Gut Heided.**

frische **Pflaumen** verkauft **Frau Destrück.**

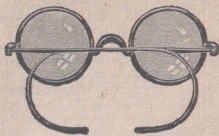
Verkaufe **Jungheunen** und **1jähr. Legehennen** von meinem g. u. n. weißen amerik. Leghornstamm. **Max Freidank.**

Suche zum 1. 10. ein **Mädchen**, 15-16 Jahre, für Haus und Garten. **Frau Wendorf, Holzdorf (Elster).**

Empfehle frische **marinierte Seringe** **M. Selle, Markt 1**

Empfehle: **1a Schmierseife, gelb und weiß** **Zollettenseife** **1a Kernseife** **Scheuerbürsten** **Austragbürsten** **Handwaschbürsten** **M. Selle, Markt 1**

Regelklub „Gemütlichkeit“ Heute abend 20.30 Uhr **erste Zusammenkunft** Plänkliches Erbschoten Ehrenlache! **Der Vorstand.**



Moderne Augengläser

in verschiedenen Ausführungen — sorgfältige Anpassung! — **Barometer, Fenster-, Zimmer-, Bade-, Fieber-, Maximum- u. Minimum-Thermometer, Sonnen-Schutzbrillen.** — Reichhaltige Auswahl! —

Albrecht Panick Uhrmachermeister.

262. Preussische Staatslotterie 262

Über 118 Millionen Gesamtgewinne! **Außerordentliche Vermehrung der Mittelgewinne.** **Allegrößte Gewinnchancen.** Zur 1. Klasse,ziehung 24. und 25. Oktober empfiehlt und verleiht, auch unter Blankonahme:

Wetzel	Halbe	Gänge	Lose
10.—	20.—	40.—	200.—

Staatliche Lotterie-Einnahme von König Wittenberg (Bez. Halle), Goswigstr. 20, Tel. 2086 Postfachkonto Leipzig 27138.

Täglich frischen Kaffee

1/4 Pfund 0.60, 0.80, 0.90 und 1.— M. **J. G. Fritzsche.**

Ausnahme-Tage!

vom

bis

September

September

September

September

18

19

20

22

Donnerstg.

Freitag

Sonnabnd.

Montag

erhalten Sie bei Einkauf von 2.50 Mark an (ohne Zucker und Schmalz)

1 Tafel 100 gr. Vollmilch-Schokolade umsonst

Infolge unseres Großeinkaufs für über 1200 Niederlagen sind wir immer in der Lage Ihnen Qualitätswaren zu den billigsten Preisen anzubieten

Lassen wir Preise sprechen:

Lebensmittel Fadennudeln Pfd. 51 Pfg. Gemilfenudeln Pfd. 39 Pfg. Vollreis Pfd. 23 Pfg. Grieß Pfd. 34 Pfg. Kaffeebohnen lose Pfd. 30 Pfg. Kartoffelmehl Pfd. 24 Pfg.	Delikatessen Dose nur 47 Pfg.	Wurst in Dosen 1 Pfd. nur 73 Pfg.	Käse Amburger Pfd. 60 Pfg. Datzkäse (Käse 20 Stk.) 62 Pfg. Edamer 1/4 Pfd. 25 Pfg. Zäpfli 1/4 Pfd. 20 Pfg. Emmentaler 1/4 Pfd. 35 Pfg. Götter 1/4 Pfd. 55 Pfg.	
Garantiert reiner Bienenhonig 1 Pfd.-Glas 1.45	Blodschokolade Pfund 95 Pfg.	Zum Baden Sultaninen Pfd. 68, 46 Pfg. Kerntinthen Pfd. 69 Pfg. Mandeln 1/4 Pfd. 40 Pfg. Cocosefett Pfd. 55 Pfg. Schmalz Pfd. 72 Pfg. Margarine Pfd. 45 Pfg. Mandelbrot Pfd. 58 Pfg. Cocobrot Pfd. 58 Pfg.	Kakao lose Pfund nur 70 Pfg.	Gilbbrun-Butter Stück 90 Pfg.
Unser Kaffee in ganz Deutschland beliebt 1/4 Pfd. 1.10, 1.—, 90, 85, 75, 65, 55 Pfg.			Unsere Margarine stets frisch zu haben Pfd. 1.—, 85, 75 mit Gutführer 68, 54, 45 Pfg.	

Solch enorme Vorteile bietet Ihnen nur

Hamburger Kaffeelager

Thams & Garfs Niederlage Annaburg

= Achtung! =

Was die Hausfrau wohl begehrt, wird Sie bei Schunkens mit Rabatmarken beehrt und Sie muß auch daran denken, wie tun von 3 Mk. Einkauf 1/4 Pfd. Kaffee schenken. Gutführer sind dumme Sachen, aus Marken kann man Gelder machen, das Weihnachtsfest liegt bald vor der Tür, und fürs vollelebte Markenbuch gibts viel Geld dann kann man mit dem Gelde sparen. (bafir, und bei Schunkens billige Waren haben.

Empfehle sehr billige Waren:

frische Margarine Pfd. v. 45 Pf. an
ff. Schmalz Pfd. v. 70 Pf. an
ff. Vollreis Pfd. v. 20 Pf. an
Gettlinge Stück 10 Pf.
Neu saure Gurken Stück 10 Pf.
Neuen Sauertopf Pfd. 10 Pf.
ff. Götter Vimburger Käse Pfd. v. 60 Pf. an
ff. guter Kakao Pfd. v. 50 Pf. an
Stets frischer Kaffee 1/4 Pfd. von 50 Pf. an

Ferner empfehle ich sehr billig: **Weinbrand und Liköre**, sowie sämtliche Sorten **Weine**.

Empfehle sämtliche **Farben**

Billige Vollmilchschokolade

Zucker 28 Pf. **Schokolade 3 Tafeln 75 Pf.**

Frieda Schunke, Annaburg.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Drucksachen jeder Art werden schnellstens angefertigt.

Herm. Steinbeil, Buchdruckerei.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeil Annaburg

Lichtspielhaus

Neue Welt

Zwecks Abstimmung finden morgen **Freitag u. Sonntag 8 1/2 Uhr** die letzten Vorführungen des Films **von Annaburg** statt. Im Anschluß an die **Preisverteilung**. **Sonntagvorstellung:** **Siehe zu:**

„Die Hölle der Heimatlosen“. 6 große Akte aus der Einsamkeit des arktischen Wüstenlands. **Hauptrolle: Ingeborg Robertson.** Der größte u. spannendste Fremdenlegionärfilm der bisher hergestellt wurde. **Ferner:** **Hoot Gibson** der verwegene Cowboy **Hoot Gibson** „Der Ueberfall in der Silberfahndung“ 6 Akte von Comboys, Räubern und Liebe. **Sonntag nachm. 3 Uhr Kinder-Vorstellung** „Ueberfall in der Silberfahndung“ und „Film von Annaburg“. **NB.** Die beteiligten Damen am **Filmwettbewerb** werden gebeten, in der Sonntagabend-Vorstellung anwesend zu sein.

Einmach-Cellophan

steriles Deckpapier für Einmach-Gläser und Töpfe à Bogen 30 Pfenig.

J. G. Fritzsche.

Seute früh verschied nach kurzem Leiden **Frau Marie Haveland**

Um kühles Beileid bittet **Carl Haveland**

Annaburg, den 17. Septbr. 1930.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachm. 2 Uhr vor der Friedhofskapelle aus statt.

Die politische Lage nach den Wahlen.

Eine Rede des Reichsinnenministers Reichsinnenminister Dr. Brüch sprach am Dienstag im Rundfunk über die politische Lage nach den Wahlen. Der deutsche Nationalismus habe eine Schlappe gewonnen, aber die Weigerung behauptete das Schicksal: Sie regiere, die breite im Sinne, sie fahre fort, die Probleme der Finanzen, des Wirtschaftens, des sozialen Lebens weiter nach sachlichen Gesichtspunkten dem Staatsinteresse her zu vertreten. Der Regierungsrat, hinter der heute 209 Abgeordnete ständen, fehlten 80 Stimmen an einer Mehrheit. Selbst bei völliger Neutralität der Sozialdemokratie fehlten immer noch 17 Stimmen. Der Begriff der „Großen Koalition“ könne nur noch in dem Sinne gefaßt werden: Komme der Reichstag zu einer arbeitsfähigen Mehrheit, die sich im Laufe der Dinge politisch ausbilden könne? Dazu müßte zunächst ein sachliches, klares und möglichst einfaches Programm die Möglichkeit einer Orientierung im Reichstage schaffen. Wir seien, so betonte der Minister, den ganz klar zum Ausdruck kommenden radikalen Strömungen in unserem Volk ein klares sachliches wirtschafts- und finanzpolitisches Programm entgegen. Der Minister erklärte dann die Möglichkeit einer sogenannten Reichsfront, für die er 24 Stimmen herausrechnete. Sie könnte politisch nur wirksam werden, wenn Bayerische Volkspartei und Zentrum mit 87 Stimmen dazuträten. Das sei politisch aber nicht diskutierbar. Eine überlegene Staatsführung werde jedoch auch die radikalen Wogen zu meistern verstehen. Aber man müsse bedenken: Was das deutsche Volk in einer 12 Jahre langen harten Schule des Leidens, des Opferbringens, des Ertragens von Lasten geleistet hat, das lasse sich auf die Dauer von keinem Volke ertragen. Wer drängen in der Welt nicht sehe, daß die Grenze für das deutsche Volk gekommen sei, der möge sich einmal prüfen, ob er selbst einmal jung gewesen sei. Die deutsche Jugend wolle eine Gestaltung haben. Deshalb müßten die Staatsmänner aller Nationen sich innerlich einmal überlegen, ob jetzt nicht die Zeit gekommen sei, die Probleme des deutschen Volkes im Rahmen der großen alle umfassenden Weltwirtschaftskrise erneut einer Prüfung zuzuführen. Was müße alles Sprechen von Panuropa, von der Solidarität aller Kulturvölker der Welt. Die Voraussetzung für ein friedliches Zusammengehen könne im deutschen Volke nur unter der Mitwirkung aller Völker geschaffen werden.

Der Reichszankler bleibt in Berlin.

Als die Besprechung mit den Parteien... Die zentralistische Verfassung, wird der Reichszankler seinen geplanten Erholungsurlaub nunmehr nicht antreten. Er bleibt in Berlin, um hier die notwendigen Verhandlungen politischen Besprechungen selbst leiten zu können. In den nächsten Tagen, vielleicht schon Dienstag, wird zunächst eine Ministerbesprechung über die Gesamtlage stattfinden, in der wie in Regierungskreisen annimmt, der Beschluß des Reichszanklers, unter allen Umständen im Amte zu verbleiben, gefestigt werden wird. Dem Ansatze an die Ministerbesprechung wird man dann mit den politischen Parteien in Verbindung nehmen, um festzustellen, innerhalb welcher parlamentarischen Konstellation die Reichsregierung ihr finanz-, politisches und wirtschaftspolitisches Sanierungsprogramm mit den geringsten Reibungen durchführen kann.

Der Reichspräsident im Mandatvergelände.

Reichspräsident von Hindenburg trat gegen 17 Uhr, von einer großen Menschenmenge jubelnd begrüßt, im Kraftwagen in Bad Kissingen ein. Nach kurzem Aufenthalt ging die Fahrt zum Schloss Sternberg weiter, wo der Reichspräsident während der Dauer des Mandatvergeländes wohnen nimmt.

Der Arzt des Lebens

Roman von Käthe Lubowski

Copyright by „Brüderberg-Verlag“, Zwickau i. S.

(17.) Der einarme Leiter sagte ein paar martige Sätze von Würde und Schweig und deutscher Treue, die sich auch im engeren Vaterlande bedürftig habe und weiterhin bewahren wolle... Und dann war es ein Augenblick still, als ging ein nachdenkliches Besinnen durch jedes Herz... Und danach sagte eine Stimme ein „Heil“ und hoch und eigentlich ein bißchen zu schnell... Was aber schabete dies alles... Sufly stimmte das Lied an... das deutsche herrliche Lied, das in aller Herzen lang und klug, wenn auch der Mund es verschwiegen hatte... Deutschland... Deutschland über alles... Und es war keiner, der nicht mitgejauchzt und mitgeschworen hätte... Hebt alle in der Welt... Anrarte da nicht ein Wägelin durch den Sand? — Anrithen nicht Räder? Niemand schaute sich nach dem Geräusch um... Aus dem Herzen kam der Laut... über die Lippen der Klänge... in den Augen waren die Tränen... Keine Zeit all zum Schreien... Da machte der alte Inspektor mitten in der zweiten Strophe eine heftige Bewegung nach der Wägelin hin, rief sie vom Kopf und trat einen Schritt rückwärts... Gab es Gelbesperler am hellen Tag? Ihn grüßte... Und doch... es war Fleisch und Leben... und Wahrheit... Seht, haben es nicht die anderen... Die Jungen hatten die nicht, welche jetzt anhielten... Aber die schlanken Mädchen wußten eine Minute später Bescheid... Es war ja unmöglich... Großer Gott! — Sufly Kremword taumelte, als wollte sie fallen... Die andere aber — Luise Kremmitz, hürzte auf den Wagen zu... die Arme ausgebreitet... die Lippen offen zum Laut... „Brüber...“ wie konnte sie zu her... „Noch ward ihr keine Antwort! — Nur die Gewißheit...“

Flugzeugunglück in Stockholm.

Zwei Tote.

Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich am Montag nachmittags im Stockholmer Flughafen. Eine Maschine hürzte ab, wobei beide Insassen sich zu schwere Verletzungen zuzogen, daß sie bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus starben. Der Führer der Maschine eines Sportflugzeuges war der bekannte Spitzbergensfeger Nilsson, der sich bei der Rettung der Nobile-Expedition ausgezeichnet hat.

Ein merkwürdiger Anschlag auf einen D-Zug.

Das tschechische Soloflet in Reichenberg.

Am Sonntag waren in Prag Gerichte über einen merkwürdigen Anschlag auf den Prager Abendzug verurteilt. Die Reichenberger Polizei wurde am Sonntagabend davon verständigt, daß Teile auf die Gleise der Eisenbahn nach Reichenberg gelenkt worden seien. Ein tschechischer Mann, der den Anschlag verübt haben soll, wurde daraufhin festgenommen. Es handelt sich um einen tschechischen Arbeitslosen Ghel. Auf Grund seiner Aussagen wurde noch ein zweiter Mann verhaftet. Was für Absichten die beiden hatten, ist nicht klar. Es fand sich ebenfalls nicht um einen Anschlag auf den Zug handeln, der die tschechischen Soloflet nach Reichenberg gebracht hätte, weil dieser bereits vorher die Stelle passiert hätte. Die von tschechischer Seite gebrachten Nachrichten von einem Mord gegen die Soloflet erschienen daher offensichtlich gefälscht. Das tschechische Soloflet im deutschen Reichenberg ist ruhig verlaufen. Nur die Nebenbeurteilung sollte zu werden. Der Vorsitzende des tschechischen Solofletverbandes forderte, daß Reichenberg tschechisch und daß die deutsche Bevölkerung veranlagt und verdrängt werden müsse. Reichenberg müsse ein tschechisches Bollwerk gegen den Feind sein, der hinter den Bergen wohnt. Möglicherweise ist er... Und wist ihr, wer der Feind ist? Es sind die Deutschen, die ihre Niederlage immer noch nicht verkraftet haben und unsere Selbstständigkeit nicht ertragen können.

Schulautobus umgekört.

51 Kinder verletzt.

Bei Warenville in den Chausseegraben. 51 Schulkinder wurden dabei verletzt, darunter einige so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Eine sechsköpfige Familie durch Kohlenoxydgas vergiftet.

Ein tragisches Tod hat eine sechsköpfige Arbeiterfamilie in Lyon gefunden. Ein Arbeiter, der am Dienstag früh seinen Kollegen aus der Wohnung abholen wollte, erhielt auf sein Klopfen keine Antwort und ließ die Tür von der Polizei gewaltsam öffnen. Den Eintretenden bot sich ein erschütterndes Bild. Die ganze Familie wurde tot aufgefunden. Im Bett lag der 37jährige Arbeiter und hielt in seinen Armen sein 3jähriges Töchterlein; neben ihm lag ein erst 2½ Monate altes Baby. Seine Frau lagte vor dem Bett. Sie hatte den Kopf auf den Betttrand geküßt. Die beiden anderen drei- bis einjähriges Kind lagen friedlich in ihren Betten, als ob sie schliefen. Man vermutet, daß der Tod der Familie durch anstimmendes Kohlenoxydgas hervorgerufen worden ist. In der Küche war der Ofen wohl angeheizt und rauchte außerordentlich stark.

Selbstmord eines Kriminalbeamten.

Am Abend des Wochtags machte der kurz vor seiner Pensionierung lebende 50 Jahre alte Kriminalobersekretär Richter von der staatlichen Polizeiverwaltung Magdeburg seinen Leben durch Erhängen ein Ende. Ein unheilbares Leiden hat den Beamten in den Tod getrieben.

Staatliche Arbeitszuweisung für Wohlfahrtsverbände.

Als Einleitungsaktion des Not-Arbeitsbeschaffungsprogramms hat das anhaltische Staatsministerium jetzt 130 000 Mark zur Verfügung gestellt. Um hierzu Wohlfahrtsverbänden der anhaltigen Gemeinden, die vom Weiche ausgesetzt sind, Arbeit in den Staatsforsten zu geben. Bis zum heutigen Tage sind schon über 300 Ausgewählte aus diesen Mitteln in den verschiedenen anhaltischen Gemeinden eingepflegt worden.

Gattenmord oder Selbstmord?

Einen grauenhaften Fund machten die Jagdbühler Richter und Behe am ihrem Jagdgebiet während eines morgendlichen Birrjagges am Wege hinter der Widmühl in der Nähe der Straße, die von Dranienbaum nach Grünfeld führt. Unmittelbar in der Nähe des Mers im Bache liegend fanden sie eine weibliche Leiche, die später als die der Frau Adaloff aus Dranienbaum ermittelt wurde. Frau A., die zwei kleine Kinder hinterließ und mit ihrem um 5 Jahre jüngeren Mann bei dessen Eltern in unglücklicher Ehe lebte, war schon am Vortage von Bekannten im Bache weinend angegriffen worden. Trotzdem das Verstorbenen der Frau sofort bekannt wurde, war von Seiten der Angehörigen nichts veranlaßt worden, so daß der Chemiker erst nach Melanostrophierung der Leiche am anderen Tage von der Polizeibehörde vorgeladen werden konnte. Da dieses Gebahren verächtlich erschien, wurde die Staatsanwaltschaft in Dessau mit der weiteren Bearbeitung der Angelegenheit beauftragt.

Das niedergebrannte Gemeindehaus.

Wertvolle Altertümer vernichtet. Der Trümmerhaufen des, wie gemeldet, in Wittierode bei Sandersheim mit sämtlichen Gemeindeorten des Dorfes niedergebrannten Gemeindehauses schwelmt und glüht immer noch, obwohl seit Ausbruch des Feuers bereits acht Tage vergangen sind. Unter dem verbrannten Wobltun des Gemeindevorstehers befanden sich sehr viele wertvolle Altertümer, während sich bei den verbrannten Gemeindeorten auch die unersehbare Feldmarkkarte aus dem 18. Jahrhundert befand. Der gesamte Schaden ist vorläufig noch nicht abzuschätzen, doch soll mit dem Aufbau des Gemeindehauses unermüdet begonnen werden.

Vom Zuge tödlich überfahren.

Der Versicherungsagent Großer aus Schleweide war von Wienburg gekommen und wollte in Oer in den nach Satzburg fahrenden Zug einsteigen. Als er durch den Tunnel den Bahnhof erreichte, war der Zug bereits im Fahren. Großer konnte noch den letzten Wagen erreichen, brann auf der Bahnsteig auf das Trittbret, stieß ab und geriet zwischen die Räder des letzten Wagens, die ihm beide Beine vom Körper abtrennten. Im Krankenhaus erlag der Verunglückte seinen Verletzungen.

Detronierter Kraftwagenführer.

Ein Motorradfahrer und zwei Radfahrer schwer verletzt. Ein Personenauto mit vier aus Halberstadt kommenden Studenten fuhr mit einer Geschwindigkeit von 60 bis 70 Kilometer durch Nordhausen. Der von Auto fuhr ein Motorradfahrer, der plötzlich inspiele, so daß das Auto mit voller Geschwindigkeit auf ihn aufstieß. Auch ein Radfahrer wurde mit weggerissen. Das Auto wollte sofort weiterfahren und sich dabei noch einen zweiten Radfahrer um. Die empörten Passanten zogen die Bremsen des Autos und entziffen dem Führer den Anlasterhüchselfel, so daß der Wagen nicht weiterfahren konnte. Ein Nordhäuser Chausseur lenkte den Wagen zur Wache, wo festgesetzt wurde, daß die Insassen stark betrunken waren. Zum Glück wurde bei dem Unfall nicht alzu viel Unheil angerichtet. Wie es heißt, soll auch der überfahrene Motorradfahrer stark betrunken gewesen sein.

Georg Heinrich Kremmitz, der Herr — der Sohn, der seinen Vater nicht mehr fand, kam zurück... lebend... Zwei Sanitäter laßen ihn zur Rechten und Linken... Sie hatten beide tiefe, ernste Augen, die auch über das schmerfle Leid nicht weinien, weil sie unabhägig bemüht blieben, Neues zu erpähnen, um es zu lindern... Der in ihrer Mitte — er stieß im wehenden Lodenhaar seiner ersten Ansehjahre — der Stolz und die Freude der alten Leute auf dieser Scholle, sandte den Blick über alles, was er sehen mußte, und fuhr dabei über die Ättern, als träume er. Ein Jauchzen ließ über das bager gemordene Gesicht. Er wollte sich straff emporrichten und vermochte es doch nicht. Die alte Heimat und alles, was sie ihm entgegenbrachte, brachte ihn voll zum Bewußtsein, was er endlich zurückgekehrt hatte... als ließ ihn daneben das, was er verlor, und was er zuerst, als er diesen Verlust innerward, als eine unerhörte Grausamkeit des Schicksals empfand, plötzlich als eine Nebenächlichkeit erkennen... Der deutsche Frühling griffte ihn auf deutscher Scholle. Eine glühende Höhe ließ in seine Ättern empor... Die andere hatten inquisitiven begriffen... „Wach einer, der für Deutschland gelubtet hatte...“ Einer ihrer Kameraden... gleich viel, ob Leutnant oder mehr... aus ihren Reihen einer. Ein Deutscher. Einer, vor dem die Frauen knien müchten, wenn sie sich nicht zu sehr schämten... Da brauste es zum anderen über... die Klänge, die erst jetzt verstanden werden: ihrer Größe und dem, was sie je uns allen forderten: Deutschland, Deutschland über alles... Diesmal aber schmiege Sufly Kremword... ohne ihren Willen hatte man sie nahe an den Wagen herangedrängt. Da stand sie nun und magte doch nicht, eine Hand zum Willkommen emporzuhellen... Georg Heinrich Kremmitz sah sie jetzt an, und sie hielt seinen Blick aus und sagte ein einziges Wort zu ihr... „Du...“ Ihre Antwort war stumm. Sie neigte sich über die Hand, die er ihr bot, und legte eine Sekunde ihre Lippen darauf... (Schluß folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Forquarierstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Ämtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Milli-
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-
halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im
amtlichen Zeit 10 Goldpfennig, im Reklamemittel
30 Goldpfennig, einzeln, Umhängever., Scherzblätter
und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen Annahme bis Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen
größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 112.

Donnerstag, den 18. September 1930.

33. Jahrg.

Die politische Lage Deutschlands

Nach den Wahlen.

Was Amerika meint.

Reichsminister Dr. Brüning wird in den nächsten Tagen seine Besprechungen mit den Parteiführern über die bevorstehenden sachlichen Aufgaben fortsetzen. Sie werden mit einer Aussprache mit dem völksparteilichen Führer, Dr. Engel, eröffnet. Voraussichtlich wird Dr. Brüning auch mit den Führern der Sozialdemokraten, der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen Fühlung nehmen. Die hinter der Regierung stehenden Gruppen haben die Fortsetzung der Reformarbeiten gebilligt. Ebenso ist der Plan des Kabinetts, vorläufig die Frage einer personellen Umbildung unberührt zu lassen, begrüßt worden.

Nähernde amerikanische Botschafter betrachten die politische Lage in Deutschland und sind der Ansicht, daß sie zu keinerlei Wirkungen Anlaß gebe. Botschafter werden Stimmen lauten, daß der Zug nach der radikalen Rechten und Linken eine heilsame Wirkung auf das deutsche Volk haben und dadurch in Zukunft wesentlich zur Stärkung der Mittelpartei beitragen werde. Auch wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Wahlergebnis zur Folge haben werde, die Politik der Alliierten Deutschlands gegenüber gemäßigter zu gestalten und diese bewegen könnte, durch eine nachlässigere Haltung die Erfüllung der Mittelpartei zu fördern. Man betont, es sei ohnehin nur eine Frage der Zeit, bis der Young-Plan ähnlich wie der Dawes-Plan durch ein neues Abkommen ersetzt werden würde.

Verfallener Vertrag muß revidiert werden.

Der „New York American“ des eben im Triumph in seiner Heimat empfangenen, aus Frankreich ausgefloheneen Scott Herold, daß das Ergebnis der deutschen Wahlen selbst für sich die Gefahr eines völksparteilichen Deutschlands angezeigt habe. Der Verfallener Vertrag sei bunn und brutal. Er lauge die deutsche Wirtschaft aus, verbinde jeden Wirtschaftsauffstieg durch etwa Hundert von Dollarmillionen jährlich und er be-

deute für jeden Deutschen lange Stunden harter Arbeit, entmündigend für den Einzelnen und für die Nation. Sein Volk würde das auf die Dauer erdulden und seines könne es tragen. Hätten die Alliierten in Versailles nach Möglichkeiten gesucht, Deutschland bald und sicher zu beschleunigen, sie hätten keinen besseren Plan erfinden und keine wirkungsvollere Methode sich ausdenken können als den Verfallener Vertrag und seine Durchsetzung. Es sei Zeit, die Unmöglichkeit von Versailles wiederzuzumachen, die schweren und untragbaren Lasten vom Rücken des deutschen Volkes zu nehmen.

„New York World“ ist der Meinung, Hindenburg und Brüning ständen heute vor der Weinde in Deutschland, an der 1917 in England Kerenski und 1921 in Italien Giolitti und Faesi gestanden haben. Es frage sich, ob in Deutschland der Sozialismus, das katholische Zentrum und die übrigen Parteien der Mitte begriffen, daß die Zeitenwende Außerordentliches von ihnen verlange. Die Aufgabe Hindenburgs und Brüningas wäre viel einfacher, wenn sie mit dem Aufleben der Wirtschaft rechnen könnten. Da sie aber statt dessen einem bitteren Unzufriedenheit aus größter wirtschaftlicher Not entgegenkämen, erstliche für England und Frankreich eine schwere Verantwortung. In Frankreich sei man der Ansicht, daß man Deutschland durch die Räumung des Rheinlandes großes Entgegenkommen gezeigt habe. Das wäre nur dann richtig, wenn es vor fünf Jahren den Rhein freigegeben hätte. Der Ausgang der Wahlen in Deutschland beweise, daß es dieses Entgegenkommens zu lange hin-angezögert hat, daß es in Deutschland als ein Entgegenkommen überholt nicht mehr bewertet wird. Wenn Frankreich heute noch wünsche, daß die demokratische Idee in Deutschland erbalten bleibe und sich erneut stärke, so muß es in seinem Entgegenkommen ebenso lähn werden, wie es bisher in der Verteilung seiner Interessen immer stark gewesen ist.

Wichtig sei der Wille zur Erhaltung der deutschen Demokratie, der die letzten Jahre des deutschen Gemein-

Deutsche Außenpolitik in Genf.

Abrüstung gefordert.

Das größte Interesse wurde bei den in Genf versammelten Staatsvertretern der großen Rede entgegengebracht, die Reichsaussenminister Dr. Curtius am Dienstag hielt. Er betonte darin den festen Willen der deutschen Regierung, jeden Gedanken an einen Krieg zu verwerfen in der festen Voraussetzung, daß auch auf der anderen Seite die Erkenntnis gekommen sei, an andere Mittel als richtig anzuschließen, welche die nennentlich Deutschland bedrückenden Folgen des großen Krieges abzubauen imstande seien. Entscheidende Taten müßten geschehen zunächst auf dem Gebiete der Abrüstung, denn Deutschland vorausgesetzt, dann der Winderbeiten. Deutschland sei bereit, an der europäischen Zusammenarbeit mitzuwirken.

Dr. Curtius dankte zunächst herzlich für die Worte, die man dem Änderten Streiknamen gewidmet habe, die ein Zeugnis dafür waren, wie die Grundzüge der deutschen Außenpolitik auch außerhalb Deutschlands Verständnis und Achtung gefunden haben.

Wenn aber dabei hier die Möglichkeit angedeutet worden ist, daß die heutigen Zustände sogar zum Krieg führen könnten, so sollte es für unbedingt geboten, auch den höchsten Gedanken an solche Möglichkeit nun vorüberhin anzuschließen. Der feste Entschluß, jeden Kriegsgedanken zu verwerfen, bedingt auf der anderen Seite, daß an Stelle des Krieges andere Mittel gefunden und angewandt werden können, um den vorhandenen oder neu auftretenden Problemen gerecht zu werden; denn die Befähigung auf die Notwendigkeit der Erfüllung des Friedens darf nicht zu einem Übersehen der Fragen führen, die einer Lösung bedürfen. Niemand darf der Völkerverbund sich einer Strömung verstellen, mögen solche Strömungen zunächst auch noch so beunruhigend erscheinen. Der Bund muß die Führung übernehmen.

Wir haben den Grundatz betont, daß es nicht mit dem bloßen Verbot des Krieges getan ist, sondern, daß es darauf ankommt, die Ursachen zu beseitigen und Ver-

ehrung Meinungs hat halt. Der unumtätigen darüber Taten mit Verzicht auf käuflich müssen einig sein, daß die nächsten rechte, die Lösung, die Ver-

Dr. Curtius dankte zunächst herzlich für die Worte, die man dem Änderten Streiknamen gewidmet habe, die ein Zeugnis dafür waren, wie die Grundzüge der deutschen Außenpolitik auch außerhalb Deutschlands Verständnis und Achtung gefunden haben.

Wenn aber dabei hier die Möglichkeit angedeutet worden ist, daß die heutigen Zustände sogar zum Krieg führen könnten, so sollte es für unbedingt geboten, auch den höchsten Gedanken an solche Möglichkeit nun vorüberhin anzuschließen. Der feste Entschluß, jeden Kriegsgedanken zu verwerfen, bedingt auf der anderen Seite, daß an Stelle des Krieges andere Mittel gefunden und angewandt werden können, um den vorhandenen oder neu auftretenden Problemen gerecht zu werden; denn die Befähigung auf die Notwendigkeit der Erfüllung des Friedens darf nicht zu einem Übersehen der Fragen führen, die einer Lösung bedürfen. Niemand darf der Völkerverbund sich einer Strömung verstellen, mögen solche Strömungen zunächst auch noch so beunruhigend erscheinen. Der Bund muß die Führung übernehmen.

Wir haben den Grundatz betont, daß es nicht mit dem bloßen Verbot des Krieges getan ist, sondern, daß es darauf ankommt, die Ursachen zu beseitigen und Ver-

Alle Mächte bei der Europakonferenz

Jeder soll sich äußern.

Die Völkerverbundversammlung hat einstimmig und ohne jede Aussprache den Antrag sämtlicher europäischen Mächte auf sofortige Einsetzung eines aus Regierungsvertretern sämtlicher europäischen Staaten bestehenden Sonderausschusses für weiteren Behandlung der Pan-europäerfrage angenommen. Der ursprüngliche Antrag ist

dahin abgeändert worden, daß der europäische Ausschuss das Recht hat, sowohl sämtliche ankeruropäischen Mitgliedsstaaten des Völkerverbundes als auch die Regierungen der Nichtmitgliedsstaaten, also auch der Vereinigten Staaten, Sowjetrußlands und der Türkei anzuhören. Damit ist die allgemeine Aussprache der Völkerverbundversammlung über die Pan-europäerfrage für dieses Jahr abgeschlossen.

Zunächst, vor dem Antrag zur Abstimmung gestellt, wies darauf hin, daß selbstverständlich die Sitzung des europäischen Ausschusses für sämtliche übrigen Mitglieder des Völkerverbundes offen ständen und diese die Möglichkeit hätten, ihren Standpunkt zu äußern. Der Zeitpunkt für den Eintritt des Ausschusses ist bisher noch nicht festgelegt worden.

Die französische Delegation vom 1. Mai 1930 und die darauf erteilten Antworten geben den Wärdigen so weit wie wünschenswert die Möglichkeit, die Untersuchung in Verbindung mit den nichteuropäischen Mitgliedern sowie mit den europäischen Nichtmitgliedern des Völkerverbundes vorzunehmen. Die Versammlung wünscht, daß die ersten Ergebnisse dieser Untersuchung so bald wie möglich in Form eines Vorschlages in einem Bericht niedergelegt werden, welcher noch der nächsten Versammlung vorgelegt werden soll.

Bei der in der Mittwochssitzung der Völkerverbundversammlung vorgenommenen Wahl der nichtständigen Mitgliedschaft der nächsten in absehbarer direkter Abstimmung von insgesamt 37 abgeordneten Regierungsschiffen (Guatemala 41, Norwegen 38 und Irland 36 Stimmen, die damit in der Rat gewählt sind, Portugal, das gleichfalls für einen nichtständigen Sitz kandidierte, erhielt lediglich 33 Stimmen. Der Völkerverbund tritt am Mittwoch in seiner neuen Zusammenfassung zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Kellogg Richter im Haag.

Der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg wurde von der Völkerverbundversammlung und gleichzeitig auch vom Völkerverbund mit 30 von insgesamt 47 abgegebenen Stimmen zum ständigen Richter des Internationalen Haager Gerichtshofes an Stelle des zurückgetretenen bisherigen amerikanischen Richters Hughes gewählt.

Die Wahl gilt formal zunächst nur bis zum 31. Dezember d. J., da satzungsgemäß der Völkerverbund und die Völkerverbundversammlung noch während der gegenwärtigen Tagung den gesamten Haager Gerichtshof neu zu wählen haben werden.

Der „Welt Post“ will aus der Genfer Rede des Reichsaussenministers Curtius herausgefunden haben, daß eine deutsch-französische Finanzkonferenz in nächster Zukunft zusammenzutreten werde. Die Ausführungen des Reichsaussenministers über die Störungen am internationalen Geldmarkt, die an der einen Stelle Kapitalüberfluß, an der anderen Kapitalmangel hervorriefen, seien mehr als ein Nährboden gewesen.

Pan-europa und Abrüstung.

Sonderausschuss für den Briand-Plan. Außenminister Jatecki entwickelte in der Völkerverbundversammlung den bekannten polnischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage. Die Abrüstung müsse angeschlossen unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit behandelt werden, da beide unlösbar miteinander verbunden seien; der französische Vorschlag gebe die Möglichkeit weitestgehender völkerverbundlicher Zusammenarbeit der Staaten. Der rumänische Außenminister Mironescu wies auf die Schwierigkeiten in der Abrüstungsfrage für die Staaten hin, die Nachbarländer von Nichtmitgliedstaaten des Völkerverbundes seien.

Der finnische Außenminister Brocco teilte mit, daß seine Regierung die Ratifizierung des Sandelsabkommens über die Beendigung der Zolltarife beschließen habe.

Der Entwurf der Völkerverbundversammlung verlas einen Entschließungsentwurf, wonach die pan-europäischen Pläne einem sofort einzusetzenden Sonderausschuss übertragen werden sollen, der sich aus den Regierungsvertretern sämtlicher 27 europäischen Mächte zusammensetzt und der seine Arbeiten nach dem Abschluß der Völkerverbundversammlung aufnehmen wird. Der Entwurf geht auf einen gemeinsamen englisch-französischen Vorschlag zurück, der auch die Zustimmung der deutschen Regierung gefunden hat. In der Mittwochssitzung wird über den Entwurf verhandelt.